Der Vorsitzende begrüßt Herrn Schaumburg vom gleichnamigen Energiebüro, der sodann unter Bezug auf das vorliegende Gutachten nochmals detailliert auf seine Untersuchung, deren Ergebnisse und die verschiedenen Versorgungsmöglichkeiten eingeht.

Herr Kemmler geht auf den hohen Investitions- und Sanierungsbedarf ein, der sich aus dem Konzept ergibt. Im Hinblick darauf, dass die Gemeinde in naher Zukunft bereits für einige weitere Projekte Investitionen aufbringen muss, sollte man sich auf die notwendigsten Maßnahmen konzentrieren. Eine Kreditfinanzierung halte man nach derzeitiger Einschätzung für nicht möglich, da dies zu einer Überlastung des Haushalts führen würde.

Er bemängelt, dass einige neue Ideen, wie beispielsweise die Verwendung von Erdwärme oder Wärmerückgewinnung aus dem Abwasser des Schwimmbades, nicht in dem Konzept berücksichtigt wurden. Die vom Gutachter vorgeschlagene Lösung einer Holzhackschnitzelanlage in Verbindung mit einem kleinen BHKW und einer Gasbrennwertanlage erscheine nicht sinnvoll, zumal mit einer solchen Holzhackschnitzelanlage kein Strom erzeugt werden kann und demzufolge in der dargelegten Rechnung keine Einsparungen in diesem Bereich erzielt werden.

Herr Kemmler führt weiter aus, dass innerhalb der kurzen Zeit die angestrebte Beratungsfolge seiner Fraktion als unrealistisch erscheint, da unter anderem die finanziellen Aspekte augenblicklich gar nicht bewertet werden können. Er vertritt die Auffassung, dass das dargelegte Gesamtpaket, mit einem Finanzvolumen von rund 10 Mio. € , eindeutig die Leistungsfähigkeit der Gemeinde übersteigt. Er beantragt, die im Beschlussvorschlag dargelegte Variante III B) weiter zu verfolgen. Sollte während der beauftragten Prüfung der marode Kessel in der Heizzentrale kaputt gehen, sei zu überlegen, ob eine Reparatur durchgeführt wird, oder eine kurzfristige Mietlösung angestrebt wird.

Für den Fall, das es gelingt, einen Investor zu gewinnen, sollte diesem freigestellt werden, neben dem Brennwertkessel auch alternative wirtschaftliche Energieformen einzusetzen. Sollte sich herausstellen, dass die Realisierung in Form eines ÖPP/PPP-Projektes nicht möglich ist, spreche man sich abweichend von der Interessenbekundung in der letzten Sitzung dafür aus, ein BHKW zu bauen.

Zu den Ausführungen von Herrn Kemmler erklärt der Gutachter, Herr Schaumburg, dass die Möglichkeit der Erdwärme nicht untersucht wurde, da er den Betrieb einer Wärmepumpe sowohl ökonomisch als auch ökologisch in diesem Fall für fragwürdig hält. Als Begründung führt er unter anderem aus, dass wegen des hohen Grundwasserspiegels und der notwendigen hohen Vorlauftemperatur aufgrund des Gebäudezustandes mit einer Wärmepumpe nicht die gewünschten Einsparungen erzielt werden können. Weiterhin legt er nochmals ausführlich dar, wieso er dieses Konzept (BHKW, Brennwertkessel, Holzhackschnitzel) bewusst vorgeschlagen hat.

Er gibt weiterhin zu bedenken, dass bei einer Ausschreibung für ein PPP-Modell die Brennstoffwahl und die Art der Umsetzung dargelegt werden sollten, da man ansonsten keine vergleichbaren Angebote erhält und damit keine belastbaren Bewertungen vornehmen kann.

Vorsitzender Gräf spricht sich ebenfalls dafür aus, möglicherweise einen privaten Investor über ein PPP-Modell zu akquirieren und begründet dies. Sollte dies aus irgendwelchen Gründen nicht möglich sein und die Erneuerung des Heizkessels unaufschiebbar werden, wäre der Betrieb mit einem BHKW / Brennwertkessel am ehesten finanzierbar.

Herr Zielinski erklärt, dass alle energetischen Maßnahmen der Gemeinde in ein energetisches Gesamtkonzept fließen sollten. In dem vorgelegten Gutachten seien die gesammelten Vorschläge zum Teil nur zusammengetragen worden und es fehlten Aussagen über Alternativvorschläge. Des Weiteren teilt Herr Zielinski die Aussage des Gutachters bezüglich der Erdwärme nicht. Darüber gebe es auch andere Aussagen.

Eine Entscheidung über dieses Konzept kann seines Erachtens nur gefällt werden, wenn dies vorher in eine finanzielle Gesamtbetrachtung und eine Prioritätenliste eingeflossen ist.

Herr Kolf hinterfragt die Möglichkeit, lediglich den Heizkessel zu erneuern und das dadurch eingesparte Geld in die energetische Sanierung der Gebäude fließen zu lassen. Herr Schaumburg antwortet, dass

diese Variante rein formal nicht möglich ist, da nach der aktuellen Fassung des EnEV die Heizzentrale nur unter Berücksichtigung erneuerbarer Energien saniert werden dürfe.

Herr Kolf führt aus, dass nach erfolgter Beratung innerhalb seiner Fraktion die kombinierte Heizungsanlage aus BHKW und Brennwertkessel zum heutigen Zeitpunkt favorisiert wird.

Herr Gräf fragt nach der Haltung der CDU-Fraktion zur Möglichkeit einer Investorenlösung. Herr Kolf antwortet, dass er keine hohen Chancen darin sieht, einen Investor zu finden und spricht sich im Namen seiner Fraktion gegen ein PPP-Modell aus.

Herr Kemmler spricht sich dafür aus, Anfragen an mögliche Investoren zu stellen, da er keine Chance sieht, dieses Projekt ohne finanzielle Unterstützung zu realisieren.

Herr Schaumburg gibt zu bedenken, dass mit einer Ausschreibung ein hoher finanzieller und zeitlicher Aufwand verbunden wäre.

Herr Gräf verspricht sich von einer Ausschreibung, einen Investor zu finden, der die notwendigen Sanierungen durchführt und diese Anlage betreibt. Im Übrigen rate unter anderem auch die Energieagentur dazu, den Weg der Ausschreibung zu gehen.

Herr Kolf verweist auf den Zeitdruck in dieser Angelegenheit. Allein die Vorplanung für ein derartiges Modell dauere nach Angaben des Gutachters über ein Jahr und zu bedenken sei auch der dadurch entstehende finanzielle Aufwand.

Herr Zielinski plädiert dafür, vor einer Entscheidung erst die finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde mit dem Kämmerer zu klären.

Vorsitzender Gräf schlägt vor, die beiden Vorgehensweisen (Bau BHKW in Eigenregie oder Weiterverfolgung PPP-Modell mit der Prämisse, dem Investor die Entscheidung darüber zu überlassen, welche alternative Energieform zum Einsatz kommt) dem ABV bzw. dem HA zu empfehlen.

Herr Lorenz hinterfragt die Möglichkeit, dass beispielsweise die Gemeinde die Anlage baut und man sich anschließend mit einem privaten Investor zusammenschließt. Somit könne evtl. ein langwieriges Ausschreibungsverfahren vermieden werden. Beigeordneter Sterzenbach antwortet, dass nach derzeitiger Gesetzeslage keine Möglichkeit für die Gemeinde besteht, eine GmbH oder ähnliches zu gründen, um lediglich ihren Eigenbedarf an Energie zu decken. Anders sehe es aus, wenn eine wirtschaftliche Betätigung mit der Energiegewinnung einhergeht und die Energie dem Markt zur Verfügung gestellt wird.

In Anlehnung an die bisherige Beratung schlägt Beigeordneter Sterzenbach vor, sich formlos und unverbindlich zu erkundigen, ob es überhaupt ein grundsätzliches Interesse von potenziellen Investoren am Markt gibt, ein Interessenbekundungsverfahren einzugehen. Allerdings könne man daraus keine für einen Wirtschaftlichkeitsvergleich verwertbaren Daten erwarten.

Frau Klein fände es für eine Entscheidungsfindung ebenfalls wichtig zu wissen, ob die Finanzierung eines PPP-Modells überhaupt durchführbar und wirtschaftlich vertretbar ist. Während die Verwaltung diese Wirtschaftlichkeitsprüfung anstellt, könne der Vorschlag des Beigeordneten aufgegriffen werden und eine Voranfrage gestartet werden.

Auf Nachfrage von Herrn Kolf, nach dem Zeitaufwand für eine solche Voranfrage antwortet Herr Sterzenbach, dass Marktteilnehmer mit der Bitte um Stellungnahme innerhalb von 4 Wochen mit den vorliegenden Erkenntnissen formlos angeschrieben werden.

Herr Roßbach drängt darauf, baldmöglichst eine Entscheidung in dieser Angelegenheit zu treffen, da der Zustand der Heizungsanlage bedenklich ist und die Heizung jederzeit ausfallen kann.

Herr Tentler erinnert abschließend, dass die brandschutztechnische Sanierung aus der heutigen Betrachtung außeracht gelassen werden muss, da dies Vorgaben der Bauaufsicht sind und eine Umsetzung unaufschiebbar ist.